

An
(Bewilligungsbehörde)

Antrag
auf Gewährung einer
Zuwendung für Maßnahmen
nach den Nrn. 2.1-2.5

Betr.:

Bezug:

1 Antragsteller

Name/Bezeichnung:		
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis	
Auskunft erteilt:	Name/Telefon (Durchwahl)	
Gemeindekennziffer:		
Bankverbindung:	Konto-Nr.	Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstituts	

2 Maßnahme

Bezeichnung (Entwurf, Aufsteller):		
Durchführungszeitraum:	von/bis	

3 Gesamtkosten

lt. beil. Kostenvoranschlag/ Kostengliederung/DM	● ●	
Beantragte Zuwendungen/DM		

4 Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)			
	19	20	20 und folg.	
	in 1000 DM			
	1	2	3	4
4.1	Gesamtkosten (Nr. 3)			
4.2	Eigenanteil (einschl. nicht zuwendungsfähiger Kosten)			
4.3	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)			
4.4	Sonstige beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) durch			
4.5	beantragte Zuwendung (Nr. 3/5)			

5 Beantragte Förderung

78

Zuwendungsbereich (Maßnahme)	Zuweisungen/ Zuschüsse	v. H. d. zuwendungsfähigen Kosten
1	2	3
Summe		

6 Begründung

- 6.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen):

- 6.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten):

7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Finanzlage und Tragbarkeit der Folgelasten für den Antragsteller usw.)

8 Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass:

- 8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten,*)
- 8.2 mit der Maßnahme zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr bereits begonnen wurde,*)
- 8.3 er geprüft hat, ob ein Ordnungspflichtiger zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden kann, und er das Ergebnis der Prüfung aktenkundig gemacht hat (Ergebnis der Prüfung als Anlage beifügen),
- 8.4 ihm bekannt ist, dass aufgrund des § 25 des Bundes-Bodenschutzgesetzes ab dem Inkrafttreten des Gesetzes bei öffentlich geförderten Maßnahmen zur Erfüllung der Pflichten aus § 4 des Bundes-Bodenschutzgesetzes, soweit hierdurch der Verkehrswert des Grundstückes nicht nur unwesentlich erhöht wird, nach deren Abschluss von der zuständigen Behörde ein Wertausgleich bis zur Höhe der gewährten Zuwendung festgesetzt werden kann,
- 8.5 er zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt*)/berechtigt*) ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Mehrwertsteuer),
- 8.6 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

*) Nichtzutreffendes streichen.

78

- 8.7 (außerdem bei juristischen Personen des privaten Rechts): er davon Kenntnis genommen hat, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne § 264 **Straftgesetzbuch**. V. mit § 1 Landessubventionsgesetz sind,
- für Maßnahmen nach der Nr. 2.1
- 8.8 er die Voraussetzungen nach den Nrn. 3.1 oder 3.2 **erfüllt,***)
- für Maßnahmen nach der Nr. 2.1.1
- 8.9 keine ausreichenden **Untersuchungen** zur **großräumigen** Ermittlung von Verdachtsflächen auf schädliche Bodenveränderungen vorliegen und die Voraussetzungen der Ziffer 4.6 beachtet werden
- für Maßnahmen nach der Nr. 2.1.2
- 8.10 die ihm bisher vorliegenden Unterlagen keine ausreichende Gefährdungsabschätzung ermöglichen
- für Maßnahmen nach der Nr. 2.1.3
- 8.11 Art und Umfang notwendiger **Sanierungsmaßnahmen** nicht ausreichend beurteilt werden können
- für Maßnahmen nach den Nrn. 2.2 bis 2.4
- 8.12 eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung vorgenommen **wurde,***)
- 8.13 eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung wegen Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen **Gefahr** nicht vorgenommen werden konnte, aber eine ordnungsbehördliche **Überwachungs-** oder Sanierungsmaßnahme angeordnet **wurde,***)
- 8.14 er die Voraussetzungen nach den Nrn. 3.1 oder 3.2 **erfüllt,***)
- 8.15 die Maßnahme nach der bestehenden Nutzung notwendig ist,
- 8.16 von der Fläche eine Gefahr entsprechend den **Nrn. 4.3.2.1 bis 4.3.2.4** ausgeht,
- 8.17 die Voraussetzungen der Nrn. 4.3.3.1, 4.3.3.2 oder 4.7 **vorliegen,***)
- 8.18 die Voraussetzungen der Nrn. 4.4.1 bis 4.4.4 **vorliegen.***)

9 Anlagen

- Erläuterung und genaue Beschreibung der beabsichtigten Maßnahme,
- Kostenberechnung,
- Zeitplan,
- Gefährdungsabschätzung, **Sanierungsuntersuchung, Sanierungsplan,**
- Prüfergebnis nach Nr. 8.3,
- ordnungsbehördliche **Anordnung/Vergleich***),
- Angaben zur kommunalen Planung für die **Wiedernutzbarmachung***).

(Ort/Datum)

(Rechtsverbindliche **Unterschrift**)

10 Kommunalaufsichtliche Stellungnahme

- Kommune ohne **Haushaltssicherungskonzept (HSK)? ja/nein***)
- Maßnahme kann aus dem Haushalt finanziert werden? **ja/nein***)
- Stellungnahme zur Haushaltsverträglichkeit bei Kommunen mit HSK:

(Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

* Nichtzutreffendes streichen.

11 Ergebnis der Antrags-Prüfung durch die Bezirksregierung

1. Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, **Erläuterungen**, Kostenberechnungen und sonstiger Unterlagen wird festgestellt, dass die Maßnahme den sich aus dem Förderzweck ergebenden **fachlichen** Anforderungen hinsichtlich der **Gefahrenermittlung/-abwehr** und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und **Sparkamkeit** - nicht - **entspricht***).
2. Berechnung der Zuwendung:
 - a) Gesamtkosten DM
 - b) nicht zuwendungsfähige Kosten DM
 - c) zuwendungsfähige Kosten DM
 - d) der Höchstbetrag der Zuwendung beträgt bei einem Fördersatz von 80 v.H. DM

(Ort/Datum)

(Dienststelle/Unterschrift)